



# Rentenstrukturreform verabschiedet

Mit der Verabschiedung der Rentenstrukturreform haben wir eines unserer wichtigsten Reformprojekte durchgesetzt und die strategischen Weichen für eine zukunftsfähige Alterssicherung gestellt. Unsere Rentenreform schafft Verlässlichkeit und Sicherheit. Mit dem Aufbau einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung, die privat finanziert, aber staatlich großzügig gefördert wird, garantieren wir, dass langfristig ein angemessenes Alterseinkommen erreicht wird und tragbare Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Dies ist in der Tat eine historische Reform.

Ähnlich wie bei der Entscheidung des Bundesrates zur Steuerreform am 14. Juli 2000 war bei CDU/CSU keine klare Linie erkennbar. Auch hier haben Uneinigkeit und Konzeptionslosigkeit die Haltung der Konservati-

ven bestimmt. Die PDS hingegen läuft Gefahr, wieder in dogmatische Positionen zurückzufallen.

Wir haben weitere Verbesserungen in das Rentenreformpaket gepackt:

- Die Berücksichtigung der Kindererziehung wurde noch einmal verbessert. Mit der Kinderkomponente werden die Leistungen der Witwen bzw. Witwer, die Kinder erzogen haben, berücksichtigt.
- Unser Ziel der Einbeziehung von Wohneigentum in die Förderung der privaten Vorsorge wurde durch ein dynamisches Entnahmemodell mit Rückzahlung auf eine praktikable Basis gestellt.

Und: Es bleibt dabei, die Rentenbeiträge bleiben stabil. Sie steigen bis 2020 nicht über 20 Prozent und bis 2030 nicht über 22 Prozent.

### *Moment mal...*

Hans-Peter Repnik räumte ein, dass die Regierung im Grunde allen wesentlichen Forderungen nachgekommen sei, von denen Angela Merkel eine Zustimmung zur Rentenstrukturreform abhängig gemacht hatte. Die wahren Hintergründe der Unionsentscheidung offenbarte Roland Koch, der Repnik ins Wort fiel. Er sagte, CDU und CSU könnten nicht die Hand bei einer Frage reichen, mit der sie in den Bundestagswahlkampf 2002 ziehen wollten...

*(gelesen in der  
Financial Times  
Deutschland am 10.05.01)*

In dieser Ausgabe:

Verbraucherschutz	2
Ökosteuer	3
Armuts- und Reichtumsbericht	4



## Zum Verbraucherschutz

Rot-Grün handelt beim Verbraucherschutz. Auf unsere Initiative hin haben in der letzten Woche zwei Debatten zu diesem Thema stattgefunden. Wir haben hierzu zwei Anträge eingebracht und werden mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts im Interesse des Verbrauchers die Garantiefrist bei Waren von derzeit 6 Monaten auf 2 Jahre erhöhen. Noch unter dem Einsatz der deutschen Präsidentschaft sind die entscheidenden Weichen in der EU für die Verbesserung der Verbraucherrechte beim Warenkauf gestellt worden.

In unseren zweiten Antrag "Vorsorgende Verbraucherpolitik gestalten und verstärken" haben wir unsere generellen Ziele und Forderung zu diesem Thema klar und deutlich formuliert:

- Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer wirtschaftlichen Interessen
- Herstellen von Chancengleichheit zwischen Verbrauchern und Anbietern
- Hohe Sicherheit und Qualität der Produkte
- Verbesserung der Transparenz sowie Information und Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher

Wir haben zu Anfang des Jahres die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz gebündelt und als gleichgewichtigen Aufgabenbereich in das bisherige Landwirtschaftsministerium integriert. Mit dieser Neugewichtung haben wir die hohe Bedeutung des aktiven Verbraucherschutzes unterstrichen.

CDU/CSU und FDP haben in der Sache wenig zu bieten. Ihre Politik zielt darauf ab, mit alten Parolen die Konsumenten zu beruhigen. Die Verbraucher sind jedoch mit gutem Recht kritischer, aufgeklärter und gesundheitsbewusster geworden. Sie wollen, dass über Risiken offen informiert wird und insbesondere im Lebensmittelbereich mögliche Gefahren für ihre Gesundheit nicht verschwiegen, verniedlicht oder bestritten werden.

Für uns ist Verbraucherpolitik integraler Bestandteil einer modernen Wirtschaftspolitik, wobei der vorsorgende Verbraucherschutz an erster Stelle steht. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die weit über die nationalen Grenzen hinausgeht. Die Bundesregierung setzt sich auch in der EU und weltweit für die Einhaltung und Erweiterung von Verbraucherschutzstandards ein.



## Zur Ökosteuer

Es ist ein immer wiederkehrendes Ritual. Insbesondere zu Beginn von Feiertagen und Ferien erhöhen die Ölkonzerne den Benzinpreis und beteuern ihre Unschuld. Sicherlich gibt es Gründe für die Preiserhöhungen. Gegenwärtig sind z.B. in den USA die Lager leer, was die Rohölpreise in Rotterdam steigen lässt.

Trotzdem: Alle in Deutschland wirtschaftenden Ölkonzerne konnten ihren Gewinn pro verkaufter Tonne Öl von 2 DM in 1999 auf 6 DM in 2000 steigern. Und dass die weltgrößte Mineralölgesellschaft, Exxon Mobil, im ersten Quartal aufgrund der gestiegenen Gewinne in den USA und Europa ein Rekordergebnis von 5 Mrd. US-Dollar einfahren und damit das Ergebnis der Vorjahreszeit um 44% steigern konnte, spricht für sich.

Die Antwort auf die ständigen Preistreibereien und Ölpreisschwankungen, die Wirtschaft und Autofahrer belasten, kann nur in eine Richtung gehen: Weg vom Öl, hin zu einer nachhaltigen Energie- und Verkehrspolitik. Wir halten deshalb an der Ökosteuer fest. Denn die mit der Ökosteuer verbundenen ökonomischen Anreize zum Energiesparen tragen dazu bei, die Abhängigkeit vom Erdöl

zu verringern und die negativen Einkommenswirkungen künftiger Ölpreisschocks in Grenzen zu halten.

Die Ökosteuer hat eine deutliche Lenkungswirkung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung weist darauf hin, dass bis zum Jahr 2010 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um ca. 2 bis 3 Prozent – dies entspricht etwa 20 bis 25 Tonnen CO<sub>2</sub> - verringert wird.

Der Ex-Umweltminister und Vorsitzende der UN-Umweltbehörde UNEP, Klaus Töpfer sagt: "Die Ökosteuer wird zu Recht erhoben, wir brauchen diese Preissignale".

Die Ökosteuer schafft Arbeitsplätze. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einer positiven Beschäftigungswirkung aus. Bis zum Jahr 2005 wird der Zuwachs mindestens 100.000 Stellen und bis zum Jahr 2008 bis zu 190.000 Stellen betragen.

Eines muss noch einmal deutlich gesagt werden: Die Wirtschaft gehört zu den Gewinnern der Ökosteuer. Sie wird aufgrund der gesunkenen Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung und den Sonderregelungen bei der Energiebesteuerung in Milliardenhöhe entlas-

*Fortsetzung auf Seite 4*

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Unter den Linden 50, Zi. 1073/75

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartnerin: N.N.

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

---

## Armut und Reichtum in Deutschland

Am 25. April hat die Bundesregierung den Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Der Bericht liefert zum ersten Mal eine Darstellung der Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik. Der Bericht beinhaltet die Zeit bis 1998, da bis zu diesem Zeitpunkt viele gesicherte Daten vorliegen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht ist somit ein Zeugnis für die Regierungszeit von CDU, CSU und FDP. Er belegt in deutlichen Zahlen die antichristliche Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl. Wir haben seit Kohls Regierungsübernahme 1982 immer wieder festgestellt, dass diese Politik die Gesellschaft immer weiter gespalten hat: Die Vermögenden wurden reicher und die unteren Einkommensgruppen wurden ärmer. Der Bericht belegt unsere Befürchtungen. Der Bericht ist der Beweis für die soziale Schief-

lage der Politik der Regierung Kohl.

Was ist zu tun? Vieles ist bereits seit der Regierungsübernahme von Rot-Grün umgesetzt und auf den Weg gebracht worden: Steuerreform, Familienförderung, Rentenreform, Gesundheitsreform, BAföG-Reform, Wohngeldreform, Reform des Erziehungsurlaubs, mehr Zukunftsinvestitionen, JUMP-Programm und eine kontinuierlich starke aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir werden diesen Weg, der soziale Gerechtigkeit bedeutet, weitergehen. Natürlich ist es nicht möglich, in 2 Jahren 16 Jahre Umverteilung unter Kohl umzudrehen, aber wir lassen uns nicht beirren.

Der Bericht kann beim Bundesministerium für Arbeit ([www.bma.bund.de](http://www.bma.bund.de)) heruntergeladen werden. Er kann auch per Internet oder Telefon (0 18 88 - 527-0) bestellt werden.

---

*Fortsetzung von Seite 3*

tet. Auch deuten die Erfahrungen anderer Länder eindeutig darauf hin, dass die Wettbewerbssituation der Wirtschaft nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

Apropos Wettbewerbssituation: Ein Erfolg rot-grüner Politik ist, dass in Deutschland der Innovationsmotor wieder läuft. VW hat ange-

kündigt, spätestens bis zum Ende nächsten Jahres ein Ein-Liter-Auto auf den Markt zu bringen. Der Wagen soll deutlich weniger kosten als der Drei-Liter-Lupo. Und bei der Entwicklung der zukunftsweisenden Brennstoffzelle sind die deutschen Automobilhersteller vorne mit dabei.